

Gerhard Timm | Michael Vilain [Hrsg.]

Freie Wohlfahrtspflege und Klimawandel

Ein Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation



Nomos

Gerhard Timm | Michael Vilain [Hrsg.]

Freie Wohlfahrtspflege und Klimawandel

Ein Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Sonderband 2023 der Zeitschriften
Blätter der Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8886-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-2941-3 (ePDF)

1. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Einführung	7
<i>Gerhard Timm und Michael Vilain</i>	
<i>I Rahmenbedingungen</i>	17
Die (un)sozialen Wirkungen eines ungebremsten Klimawandels	19
<i>Vinzenz Grabl, Ann-Cathrin Beermann, Johannes Clausecker</i>	
Vom Duschen. Oder: Sind politische Eingriffe in gewohnte Lebensweisen zulässig? Zu den Folgen einer ambitionierten Klimaschutzpolitik	33
<i>Frank Nullmeier</i>	
Sustainable Development Goals: Was gehen sie die Freie Wohlfahrtspflege an?	47
<i>Rupert Graf Strachwitz</i>	
Von der Fürsorge zur Zukunftskunst. Klimasozialpolitik als Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege	65
<i>Eva Maria Welskop-Deffaa</i>	
Interview mit Frau Bundesministerin Lisa Paus	81
<i>Gerhard Timm und Michael Vilain</i>	
Die Bedeutung der Wohlfahrt für die sozial-ökologische Transformation – Forderungen an die Politik	85
<i>Kathleen Wabrowetz</i>	
Gesellschaftliche Verantwortung in Organisationen der Sozialwirtschaft	107
<i>Michael Batz</i>	

Inhalt

<i>II Verbandliche Perspektiven und Handlungsansätze</i>	125
Handlungsperspektiven für Management und Führung der Sozialwirtschaft im Kontext nachhaltiger Transformation <i>Christian Heitmann und Alina Güntner</i>	127
„Klimaschutz ist Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“ Die Rolle der AWO in der sozialökologischen Transformation <i>Brigitte Döcker und Steffen Lembke</i>	145
Klimaschutz und Klimapolitik im Paritätischen <i>Rolf Rosenbrock und Jonas Pieper</i>	155
Die ökologische Transformation sozial gestalten. Die Diakonie als strategische Akteurin im Klimawandel <i>Maria Lobeide</i>	165
Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit im Bereich der Jugend und Wohlfahrtspflege des DRK <i>Katja Plume und Daniela Nagelschmidt</i>	175
Sozial gerechter Klimaschutz im Deutschen Caritasverband <i>Astrid Schaffert</i>	181
Fazit	191
Die Freie Wohlfahrtspflege und die sozialökologische Transformation. Der Anfang ist gemacht ... <i>Michael Vilain und Gerhard Timm</i>	193
Autorinnen und Autoren	207

Einführung

Gerhard Timm und Michael Vilain

Die nächsten Jahre, vielleicht nicht einmal mehr Jahrzehnte, werden maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung unserer Zukunft haben. Die Frage ist, ob es gelingt, den Klimawandel auf ein beherrschbares Niveau abzubremesen oder ob dies nicht gelingt. Alle anderen Krisen – ausgenommen das Risiko eines Atomkrieges mit ähnlich zerstörerischer Wirkung – verblassen vor diesem Hintergrund.

Im Gesicht spüren wir bereits die Gischt des Tsunamis der auf uns zurollt. Trotzdem haben wir die Hoffnung, dass es noch nicht zu spät ist und dass der Tsunami vielleicht doch noch in eine größere Welle verwandelt werden kann. Wir haben auch keine andere Wahl, als auf dieses Prinzip Hoffnung zu setzen und aus ihm die richtigen Schritte abzuleiten. Die Auswirkungen eines ungebremsen oder auch nur unzureichend reduzierten Klimawandels sind derartig apokalyptisch, dass alle anderen bisherigen Menschheitskatastrophen davor verblassen. Das Aussterben der Dinosaurier vor mehr als 60 Millionen Jahren, hatte vielleicht eine ähnliche Dimension. Es geht dabei nicht um das Überleben des Planeten, der ist auf Menschen nicht angewiesen, sondern um das Überleben der Menschheit in einer auch nur halbwegs akzeptablen Zivilität. Daneben aber natürlich auch um die uns umgebende Flora und Fauna – an deren Ausrottung und Zerstörung wir bisher überaus erfolgreich arbeiten – für die wir aber gleichwohl als einzige vernunftbegabte Spezies die Verantwortung tragen.

Eine Fortführung bisheriger Wohlstandsniveaus auf der Basis vergleichbarer Produktions- und Konsumgewohnheiten, wie sie sich auf der Nordhalbkugel in den letzten 100 Jahren herausgebildet haben, erscheint dabei als völlig ausgeschlossen. Auch eine Abfederung von Disparitäten durch wohlfahrtsstaatliches Handeln, wie es heute Standard ist, muss als illusionär angesehen werden. Die weltweite Verknappung von Lebensraum und landwirtschaftlich nutzbaren Flächen wird zu massiven Preissteigerungen bei Lebensmitteln führen, die sich schon heute viele nicht mehr leisten können. Die kriegsbedingten Verknappungen der letzten Monate zeigen, mit welcher enormen Dynamik die Preise steigen können. Die Not in den vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen wird den Migrationsdruck auf die noch „bewohnbaren“ Teile der Erde dramatisch ansteigen

Gerhard Timm und Michael Vilain

lassen. Der zivilisatorische Firnis wird sich in Anbetracht solcher Bedrohungen als sehr dünn erweisen. Der Einsatz von Waffengewalt zur Abwehr dieser Zuströme, wird in den privilegierten Regionen, vermutlich von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen, zum Alltag gehören. Es ist offensichtlich, dass in einem solchen, leider nicht unwahrscheinlichen Worst-Case-Szenario, die auch heute schon Benachteiligten und Beeinträchtigten, die ersten Opfer sein werden. In diesem Szenario wird es wie im 19. Jahrhundert wieder in sehr starkem Maße auf die Selbstorganisation der Betroffenen ankommen. Subsidiarität, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement werden eine ganz neue Bedeutung bekommen. Die Freie Wohlfahrtspflege kann hier an ihre freiheitlichen Traditionen anknüpfen.

Die Klimakrise wird auch zur Krise der Demokratie werden. Gegenwärtig ist sie es in noch recht schwacher Form als „Klimaleugnung“ verbunden mit dem Vorwurf dirigistischer Eingriffe in Freiheitsrechte, für die es keine Grundlage gibt. Die eigentliche Herausforderung steht uns aber noch bevor: Die Populisten aller Lager werden die Bedrohungslagen aufgreifen und der Demokratie vorwerfen, dass sie sie nicht angemessen bewältigen kann. Es steht dann der Vorwurf im Raum, dass die Entscheidungsprozesse liberaler Demokratien den Handlungserfordernissen nicht adäquat sind. Notwendig seien stärkere Eingriffsrechte und mehr Führung. Dieser Einwand ist nicht völlig von der Hand zu weisen.¹ Neben der unmittelbaren Gefahr einer Abschaffung der Demokratie besteht hier auch die mittelbare Gefahr einer Selbsttauhöhlung der Demokratie, die aus sich Mechanismen schafft, um dem Vorwurf der mangelnden Handlungsfähigkeit entgegenzuwirken. Erste noch eher harmlose Ansätze dazu beobachten wir derzeit bei der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren etwa für Erneuerbare Energien durch Reduzierung der demokratischen Beteiligungsverfahren.

Die Freie Wohlfahrtspflege hat ein existentielles Interesse am Bestand einer funktionierenden Demokratie!² Als wertgebender Akteur im Interesse ihrer Mandanten und als subsidiärer Akteur im Interesse eines freiheitlichen Wohlfahrtssystems. Sie sollte sich daher auf diese Szenarien angemessen vorbereiten, um dann selbst handlungsfähig zu sein.

1 Stein, Tine: Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums. Zur ökologischen Kritik und Reform des demokratischen Verfassungsstaates, Berlin 1998.

2 Vgl. dazu Konrad Hummel / Gerhard Timm (Hg.): Demokratie und Wohlfahrtspflege, Baden-Baden 2020.

Viel besser wäre es natürlich, wenn es zu diesen Entwicklungen gar nicht käme! Das setzt aber voraus, dass es gelingt, den Klimawandel zu begrenzen. Festzuhalten ist an dieser Stelle aber auf jeden Fall die Einsicht, dass dies im ganz besonderen Interesse der wohlfahrtspflegerischen Zielgruppen liegt. Damit muss es zwingend auch zum Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege werden. Aber auch unabhängig davon erwächst der Freien Wohlfahrtspflege bzw. den Menschen, die in ihren gemeinnützigen Strukturen arbeiten, eine besondere Verantwortung zu. Die allen Ausrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege eigene Wertorientierung des Handelns lässt ein bloßes Zuschauen schlechterdings nicht zu.

Dies wäre allenfalls dann möglich, wenn der Klimawandel als solcher oder seine menschengemachten Ursachen durch die Vertreter:innen der Freien Wohlfahrtspflege in Abrede gestellt würden. Sicherlich gibt es auch in der Freien Wohlfahrtspflege Menschen, die so denken. Das ergibt sich schon aus ihrer Verankerung in der Breite der Gesellschaft, in der solche Meinungen, wenn auch von Minderheiten, vertreten werden. In den offiziellen Konzepten und den Äußerungen ihrer Repräsentanten finden sich aber keine „Klimaleugner“, sondern ganz im Gegenteil, die Bedrohungslage wird ernst genommen und die eigene Verantwortung weitgehend anerkannt. Bei manchen ist diese Erkenntnis früher bei anderen eher später gereift. Je näher man der Arbeit und den Menschen in den Einrichtungen und Diensten kommt, desto stärker stehen oft andere praktische Prioritäten im Vordergrund (vgl. Schaffrath in diesem Band).

Man stelle sich gleichwohl als Gedankenspiel vor, die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege mit ihrer hohen Glaubwürdigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung würden den Klimawandel nicht als relevante Herausforderung einschätzen, was das für die Klimaschutzpolitik in Deutschland bedeuten würde? Im Mindesten würde das die Akzeptanz und damit die Durchsetzungschancen einer ambitionierten Klimaschutzpolitik signifikant reduzieren. Insofern ist dieses Bekenntnis bereits für sich genommen ein wichtiger Beitrag. Aber damit kann es natürlich nicht genug sein!

Warum kommt der Freien Wohlfahrtspflege in diesem Handlungsbe-
reich so eine große Bedeutung zu? Was sind ihre diesbezüglichen Auf-
gaben? Was sollte, was müsste sie tun? Für eine differenzierte Beant-
wortung dieser Frage sind eine Reihe von Absichtungen vorzunehmen. Wichtig
ist die Unterscheidung zwischen der BAGFW als gemeinsamer Organisati-
onseinheit aller Spitzenverbände, den Spitzenverbänden und ihren Aktivi-
täten selbst und schließlich den Einrichtungen und Diensten. Zum zwei-
ten sind die verschiedenen politischen Handlungsbereiche zu unterschei-
den: die europäische Ebene, der Bund, die Länder und die Kommunen.
Und schließlich ist zu differenzieren zwischen den verschiedenen Rollen

Gerhard Timm und Michael Vilain

der Freien Wohlfahrtspflege, insbesondere als politischer Akteur, als Sozialanwältin, als Multiplikatorin, als Unternehmerin, als soziale Innovatorin und als Raum für bürgerschaftliches Engagement.

Beginnen wir mit der europäischen Ebene. Wegen der Besonderheiten des Deutschen Wohlfahrtssystems ist es immer wieder schwierig für die Freie Wohlfahrtspflege hier Verständnis für Ihre speziellen Anliegen zu finden. Als klimapolitischer Akteur und Treiber wird sie nicht wahrgenommen, sondern eher als „Verteidiger“ und Vertreter eines spezifisch deutschen Systems der Daseinsvorsorge. Der ganz überwiegende Handlungsmodus ist reaktiv. Soweit die europäischen Institutionen, allen voran die Kommission, klimapolitische Initiativen ergreifen, wird darauf selbstverständlich reagiert, insbesondere in der anwaltschaftlichen Rolle, die sozialen Auswirkungen von Klimaschutzpolitik im Auge zu behalten.

Die Spitzenverbände selbst sind z.T. in europäische Netzwerke eingebunden, die mit unterschiedlicher Intensität auch klimarelevante (soziale) Fragen thematisieren. Die BAGFW als Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände ist mit einer kleinen Vertretung vor Ort, die allerdings so minimalistisch ausgestattet ist, dass sie keinen eigenständigen Impact, über die Koordinierung von gemeinsamen Aktivitäten der Spitzenverbände hinaus, entfalten kann. Dabei werden umwelt- und klimapolitische Themen dann aufgegriffen, wenn EU-Kommission oder EU-Parlament entsprechende Initiativen ergreifen, etwa im Rahmen des „European Green Deal“. Die Perspektive darauf entspricht der anwaltschaftlichen Rolle, die sozialen Lasten einer solchen Politik nicht den ohnehin sozial Benachteiligten aufzubürden, sondern diese angemessen zu entlasten. Im Grundsatz wird die Politik der Kommission jedoch begrüßt. Insgesamt spielt die Freie Wohlfahrtspflege hier jedoch keine relevante Rolle in der Klimapolitik.

Auf der Bundesebene im politischen System der Bundesrepublik Deutschland sieht die Lage demgegenüber grundlegend anders aus. Die Spitzenverbände auf Bundesebene sind hier mit ihren z.T. großen Apparaten als Lobbyorganisationen personell und in ihrer Vernetzung gut aufgestellt. Zunehmendes Problem sind hier die zentrifugalen Tendenzen, die die Verbände, trotz ihrer sehr weitgehend gleichen oder zumindest ähnlichen Positionen, auseinandertreiben. Ursächlich dafür sind offenbar Profilierungsnotwendigkeiten, die Abgrenzungen selbst dort sinnvoll erscheinen lassen, wo sie sachlich eigentlich keine Grundlage haben.³ Folge dieser Politik, die sich auch in der steten Reduzierung von Mitteln für die über-

3 Vgl. dazu beispielhaft die Darstellungen der klimarelevanten Positionen und Aktionen der Spitzenverbände in diesem Band.

greifende gemeinsame Arbeitsgemeinschaft niederschlägt, ist am Ende eine Selbstverleugnung der Freien Wohlfahrtspflege im politischen Raum. Verglichen mit ähnlichen gesellschaftlichen und politischen Akteuren ist der politische Einfluss der Freien Wohlfahrtspflege insgesamt unverhältnismäßig gering. Dies wird vor allem dann offensichtlich, wenn man das ökonomische Gewicht bedenkt, dass die ca. 120.000 Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege mit ihren etwa 1,9 Mio. Beschäftigten in die Waagschale legen. Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein ökonomischer Riese und ein politischer Zwerg. Dies entspricht im Übrigen auch der öffentlichen Wahrnehmung. Hier arbeiten die Verbände mit unterschiedlichem Geschick nebeneinander, die Wahrnehmung einer gemeinsamen Positionierung zu den zentralen politischen Fragen erfolgt nicht und ist auch nur begrenzt gewünscht. Stärken der gemeinsamen Arbeit liegen eher im reaktiven und kleinteiligen Abarbeiten an politischen Detailregelungen des Bundes.

Im Hinblick auf das Klimathema gibt es bis heute nur erste Ansätze einer gemeinsamen Bearbeitung auf Bundesebene. Gleichwohl spielt das Thema in den Spitzenverbänden eine zentrale Rolle, wie die Beiträge in diesem Band eindrucksvoll belegen. Der Blick kommt sowohl aus anwaltschaftlicher Perspektive, als auch aus einer unternehmerischen Binnenperspektive: wie der eigene Verband durch entsprechende Um- und Aufrüstung der Einrichtungen und Dienste einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Bei der Vielzahl der betroffenen Organisationseinheiten, mit ihren Immobilien und Fahrzeugparks, wäre dies ohne Frage ein bedeutungsvoller Beitrag. Dies korrespondiert inzwischen mit einer Reihe von Förderprogrammen des Bundes, die diese Absichten finanziell unterstützen.

In der anwaltschaftlichen Rolle kommt der Freien Wohlfahrtspflege eine große Verantwortung zu. Die Folgen des Klimawandels aber auch die Folgen einer wirkungsvollen Klimaschutzpolitik haben erhebliche soziale Sprengkraft.

Die anwaltschaftliche Rolle nimmt die Freie Wohlfahrtspflege im Interesse der sozial Schwachen, die sich in der Regel nur begrenzt im politischen Raum selbst Gehör verschaffen können, als Fürsprecher oder auch als Lautsprecher⁴ wahr. Dabei kommt es insbesondere darauf an, besondere Härten, die sich etwa aus der politischen Preisgestaltung für fossile

4 Vgl. Eva M. Welskop-Deffaa, Vom Fürsprecher zum Lautsprecher? Wohlfahrtsverbände zwischen Fürsprache und Partizipation, In: Konrad Hummel / Gerhard Timm (Hg): Demokratie und Wohlfahrtspflege, Baden-Baden 2020, S. 169 ff.

Gerhard Timm und Michael Vilain

Energieträger ergeben, für diesen Personenkreis zu reduzieren oder gar zu vermeiden. Neben der Unterstützung für Einkommensarme geht es auch um Hilfen für Energiearme. Dort wo sich diese Ziele kombinieren lassen – etwa im Stromspar-Check der Caritas⁵ – ist dies besonders attraktiv. Neben der Vermeidung weiterer Verarmung wäre die Vermittlung und Durchsetzung einer „gerechten“ Lastenverteilung ein wichtiger Aspekt. Es sind oft gar nicht nur die absoluten Belastungen, die Unmut erzeugen, sondern es ist die wahrgenommene Ungerechtigkeit einer Verteilung, die Widerstand erzeugt.

An diese Überlegung schließt sich unmittelbar die Rolle als Multiplikator an, den die Freie Wohlfahrtspflege weit über die Zielgruppe der sozial Benachteiligten hinaus in die Gesellschaft hat. „Multiplikator“ bezieht sich hier auf die Aufgabe, im Sinne des Klimaschutzes nicht nur für entsprechende Maßnahmen und Programme zu werben, die als angemessen und richtig erkannt werden, sondern auch eine Lebensweise zu propagieren, die mit den ökologischen Anforderungen des Planeten kompatibel ist. Als einfaches Beispiel sei hier die klimagerechte Umstellung von Ernährungsgewohnheiten erwähnt. Die Umsetzung dieser Rolle müsste über entsprechende Konzepte und Strategien auf Bundesebene untermauert und durch die Spitzenverbände selbst bzw. die BAGFW thematisiert werden. Optimalerweise würde das von den Verbänden auf Landesebene, den Trägern und Einrichtungen und Diensten aufgegriffen und im täglichen Kontakt mit der jeweiligen Klientel verbreitet werden. Als Auftakt für eine dauerhafte Thematisierung wäre etwa an eine große bundesweite Kampagne zu denken.

Die aktuelle Debatte um die absehbare Energieknappheit in Folge des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine hat eindrücklich verdeutlicht, dass es nicht nur um Effizienz geht, sondern auch um Suffizienz. Das gilt für die Bekämpfung des Klimawandels aber auch im Hinblick auf die Biodiversitätskrise: „Weniger ist Mehr“! Diese Botschaft an die Ärmsten zu richten, ist natürlich zynisch, aber für die, die mehr haben, als sie brauchen, ist es ein richtiger Ansatz. Selbst beim kompletten Umstieg auf erneuerbare Energien ist der materielle Lebensstandard in Deutschland nicht global verallgemeinerungsfähig. Sein Ressourcenverbrauch ist schlicht zu groß. Der jährliche „Earth Overshoot Day“ – in 2022 am 28. Juli – verdeutlicht dies nachdrücklich. Einen wichtigen Beitrag könnte dabei die Umstellung unserer Ernährung auf mehr pflanzliche Produkte

5 Vgl. den Aufsatz von Astrid Schaffert über den DCV in diesem Band.

leisten, wobei sich auf individueller Ebene gleichzeitig Kosten sparen und gesundheitliche Verbesserungen erzielen ließen.

Verzicht der Reichen zugunsten des Planeten und zukünftiger Generationen auf verzichtbaren Überfluss, der die Ressourcen belastet, ist eine Denkfigur, die bei der Problemlösung helfen könnte. Es könnten auch andere sein. Entscheidend ist, sich als Freie Wohlfahrtspflege überhaupt damit auseinanderzusetzen.

Zu dieser eher „ideologischen“ Vermittlerrolle gehört auch die Befassung mit Szenarien möglicher Entwicklungen, die sich aus den Folgen einer weiteren Erderwärmung ergeben und die Entwicklung von Vorschlägen, wie damit sozial verantwortlich umgegangen werden kann und sollte. Vor allem die im globalen Süden früher und dramatischer eintretenden Folgen müssten hier ins Kalkül gezogen werden: Wie gehen wir als Gesellschaft, als Freie Wohlfahrtspflege mit der zunehmenden Unbewohnbarkeit immer größerer Teile der Erde um? Wie antworten wir auf den wachsenden Migrationsdruck, der sich daraus ergeben wird? Wie bewahren wir Menschlichkeit und Demokratie? Dies sind originär politische Fragen, denen sich aber auch die Freie Wohlfahrtspflege stellen muss, um als Stimme gehört zu werden und ggf. frühzeitig intervenieren zu können. Solche Überlegungen mag es in den Spitzenverbänden geben, nach außen hin ist das aber nicht wahrnehmbar und als Gesamt der Freien Wohlfahrtspflege schon gar nicht.

Bei aller Größe und Systemrelevanz wird sich die Freie Wohlfahrtspflege auch fragen müssen, mit welchen Partnern und in welchen Bündnissen sie ihre Ziele verfolgen will. Dies adressiert die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege als Teil und in der Zivilgesellschaft. Hier repräsentiert sie den sozialen Bereich. Eine Kompetenz, die für eine SOZIAL-ökologische Transformation unabdingbar ist und die die Freie Wohlfahrtspflege daher zum begehrten Partner für ursprünglich eher rein klimapolitisch ausgerichtete NGOs werden lassen könnte. Auf der Ebene der Spitzenverbände gibt es hier auch vielfältige Vernetzungen und Beziehungen. Von besonderer Relevanz sind im vorliegenden Zusammenhang Verbindungen in die Bereiche Klima-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. In der Klimaallianz⁶ sind inzwischen mehrere Wohlfahrtsverbände organisiert, aber auch intensivere Verbindungen zu einzelnen Umweltverbänden sind dokumen-

6 <https://www.klima-allianz.de/ueber-uns/unsere-mitglieder> (eingesehen: 17.11.2022).

Gerhard Timm und Michael Vilain

tiert.⁷ Was weitgehend fehlt, sind Bündnisse und Kooperationen mit den klassischen Wirtschaftsverbänden oder auch einzelnen Unternehmen. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist auf einzelverbandlicher Ebene z.T. enger ausgeprägt, stößt aber auch auf Widerstände.

Für die BAGFW insgesamt könnte das Bündnis für Gemeinnützigkeit – ein Zusammenschluss von Dachverbänden des Dritten Sektors in Deutschland – ein Ort für die Abstimmung gemeinsamer klimapolitischer Initiativen sein. Entsprechende Initiativen aus dem Kreis dieser Akteure wurden bisher allerdings nicht aufgegriffen. Hier besteht eher der Wunsch, das Bündnis möge sich auf rechtspolitische Fragen der Gemeinnützigkeit konzentrieren.

Neben den nationalen Akteuren sind auch internationale Akteure ins Auge zu fassen, etwa die Bewegung „Fridays for future“. Einzelne Spitzenverbände sind hier selbst oder über ihre europäischen Vereinigungen aktiv, insgesamt spielt das aber bisher keine wichtige Rolle.

Den entscheidenden Beitrag wird und kann die Freie Wohlfahrtspflege allerdings vor Ort leisten. Darauf richtet sich auch das Hauptaugenmerk der Spitzenverbände. Wie können die Einrichtungen und Dienste einen maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten? Diese Aufgabe bezieht sich zum einen auf die ökologische Transformation der Einrichtungen und Dienste selbst und zum anderen auf die Multiplikatorenfunktion in die Gesellschaft hinein. Dort wo es sinnvoll erscheint, die Millionen von Kontakten zu den Menschen in allen Lebenslagen und Umständen zu nutzen, um (auch) für Klimaschutz zu werben und ggf. sogar zu beraten. Je konkreter sich diese Aufgabe gestaltet, desto weniger kann sie einfach als zusätzlich oder gar ehrenamtlich wahrgenommen werden und umso mehr bedarf es dafür einer gesonderten Finanzierung. Der Vorteil für die Klimapolitik bestünde aber darin, dass die Strukturen bereits vorhanden sind und nicht zusätzlich aufgebaut werden müssten. Hier liegt offensichtlich eine große Chance für die Freie Wohlfahrtspflege und für die Klimaschutzpolitik. Erweitert man den Klimaschutz um den Aspekt der Hilfe bei eingetretenen Notlagen oder Katastrophen, ergibt sich noch ein weiteres Handlungsfeld. Er reicht von der Bergung und Erstversorgung und Betreuung betroffener Menschen bis zur Organisation von Wiederaufbaumaßnahmen und der Sammlung von Spenden dafür. Diesem Aspekt werden wir uns in diesem Band nicht zuwenden. Der Ansatz dieses Bandes

7 Beispielhaft etwa zwischen dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Bund für Umwelt und Naturschutz. Siehe auch den Beitrag von Rosenbrock / Pieper in diesem Band.

konzentriert sich auf die Frage, welchen Beitrag die Freie Wohlfahrtspflege leisten kann, um den Klimawandel zu verhindern oder zumindest abzumildern.

Fasst man diese Überlegungen zum Handlungsfeld Klimaschutz zusammen, so ergibt sich für die Freie Wohlfahrtspflege erheblicher Handlungsbedarf und Spielraum. Der vorliegende Band ist der Versuch, die Dringlichkeit des Handelns und die Spezifika der Freien Wohlfahrtspflege in diesem Handlungsraum aufzuzeigen. Wir würden uns wünschen, wenn er ein Anstoß sein könnte, die gemeinsamen politischen Anstrengungen zu intensivieren, um im Ergebnis die Potentiale, die die Freie Wohlfahrtspflege tatsächlich hat zum Wohle aller auch wirklich auszuschöpfen.

Autorinnen und Autoren

Batz, Michael, Prof. Dr., Außerschulisches Erziehungs- und Sozialwesen, M.A. Philosophie, Psychologie und Neuere dt. Literaturwissenschaft, Studiengangsleiter Sozialmanagement an der DHBW, Wissenschaftlicher Leiter des Masterstudiengangs "Digitalisierung in der Sozialen Arbeit" am DHBW CAS, Geschäftsführer der Fachkommission Sozialwesen der DHBW (Kontakt: michael.batz@dhbw-heidenheim.de)

Beermann, Ann-Cathrin, Politikwissenschaftlerin (M.A.), 2018–2022 wissenschaftliche Referentin beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V., zuvor Forschungsassistentin beim Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der FU Berlin und Managerin der 2016 Berlin Conference on Global Environmental Change. Arbeitsschwerpunkte: Internalisierung externer Kosten der Landwirtschaft, nachhaltiger Konsum, faire Preise für Erzeuger:innen (Kontakt: foes@foes.de).

Clausecker, Johannes, Politik-/Wirtschaftswissenschaftler (B.Sc.), seit 10/2020 Studium Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung (M.A.), 02–04/2022 Praktikum beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V., Arbeitsschwerpunkte: ökonomische Instrumente im Klimaschutz, Verteilungseffekte von Klimaschutzmaßnahmen (Kontakt: foes@foes.de).

Döcker, Brigitte, Vorstandsvorsitzende AWO Bundesverband (Kontakt: brigitte.doecker@awo.org).

Grahl, Vinzenz, Volkswirt (B.Sc.), seit 10/2020 Studium der Agrarökonomie (M.Sc., HU Berlin), seit 2021 studentischer Mitarbeiter beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V., Arbeitsschwerpunkte: umweltschädliche Subventionen im Agrarsektor (Kontakt: foes@foes.de).

Güntner, Alina (MA), Senior Managerin Unternehmensberatung der curacon Unternehmensberatung, Beratungsfeld Sozialwirtschaft Als Projektleitung für Komplexträger der Eingliederungshilfe, Altenhilfe und Kinder- und Jugendhilfe ist Alina Güntner Expertin für aktuelle Zukunftsthemen und verantwortet die Nachhaltigkeitsberatung im Kontext strategi-

Autorinnen und Autoren

scher und organisatorischer Implikationen (Kontakt: alina.guentner@curacon.de)

Heitmann, Christian, Dr., Diplom-Wirtschaftsinformatiker, Partner, Leiter Geschäftsbereich Unternehmensberatung der curacon Unternehmensberatung. Schwerpunkte: Strategieberatung von Krankenhäusern, Krankenhausträgern sowie Unternehmen der Sozialwirtschaft. (Kontakt: Christian.Heitmann@curacon.de)

Lembke, Steffen, MA, Leiter der Abteilung Qualitätsmanagement und Nachhaltigkeit beim AWO Bundesverband (Kontakt: stefen.lembke@awo.org).

Loheide, Maria, Vorständin Sozialpolitik beim Diakonischen Werk Deutschland, (Kontakt: maria.loheide@diakonie.de).

Nagelschmidt, Daniela, Leiterin der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Jugendrotkreuz im DRK-Generalsekretariat (Kontakt: d.nagelschmidt@drk.de).

Nullmeier, Frank, Dr. rer. pol., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen, Leiter der Abteilung "Theoretische und normative Grundlagen" des SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (Kontakt: frank.nullmeier@uni-bremen.de)

Paus, Lisa, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Pieper, Jonas, Dr., Politikwissenschaftler, Referent für übergreifende Fachfragen beim Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband, Arbeitsschwerpunkte: Sozial- und Armutspolitik, Sozialökologie. (Kontakt: jonas.pieper@paritaet.org).

Plume, Katja, M.A., Referentin für Klimaanpassung im Bereich Jugend und Wohlfahrtspflege im DRK-Generalsekretariat, Leiterin des Projektes "Klimaanpassung in der DRK-Kindertagesbetreuung", weitere Arbeitsschwerpunkte: Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der DRK-Wohlfahrt (Kontakt: k.plume@drk.de).

Rosenbrock, Rolf, Prof. Dr. rer. pol., Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitswissenschaftler, Seit 2012 ehrenamtlicher Vorsitzender des Paritäts-

schen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband, 1988 bis 2012 Leiter der Forschungsgruppe Public Health im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), lehrt Gesundheitspolitik u.a. an der Berlin School of Public Health in der Charité Berlin, Themenschwerpunkte: sozial bedingte Ungleichheiten von Gesundheitschancen, Präventionspolitik sowie Steuerung und Finanzierung der Krankenversorgung (Kontakt: rolf.rosenbrock@paritaet.org).

Schaffert, Astrid, Leiterin der AG Klimaschutz sowie Referentin für sozial gerechte Klimapolitik im Deutschen Caritasverband (Kontakt: astrid.schaffert@caritas.de).

Strachwitz, Rupert Graf, Dr. phil., Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in USA und München, Promotion in Münster, Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Zivilgesellschaft im politischen und gesellschaftlichen Umfeld, Geschichte der Zivilgesellschaft, Philanthropie; davor u.a. Landesgeschäftsführer des Malteser-Hilfsdienstes in Bayern und e.a. Mitglied im Zentralvorstand des Deutschen Caritasverbands (Kontakt: rs@maecenata.eu).

Timm, Gerhard, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, Studium der Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und Soziologie in Köln und Bern, Promotion zur wissenschaftlichen Beratung der Umweltpolitik, seit 2009 Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) e.V., davor u.a. Bundesgeschäftsführer des BUND für Umwelt und Naturschutz e.V., (Kontakt: gerhard.timm@bag-wohlfahrt.de).

Vilain, Michael, Prof. Dr., Dipl.-Kfm., Wirtschafts- und Politikwissenschaftler, Vizepräsident für Forschung und Internationales der Evangelischen Hochschule Darmstadt, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Zukunftsfragen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft (IZGS) (Kontakt: michael.vilain@eh-darmstadt.de).

Wabrowetz, Kathleen, Politikwissenschaftlerin, Leiterin der Stabsstelle Internationales beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, zuvor Referentin für Wohlfahrt in Europa und international beim Deutschen Roten Kreuz. Arbeitsschwerpunkte: Europäische Sozial- und Klimapolitik, sowie EU-Haushalts- und Förderpolitik (Kontakt: kathleen.wabrowetz@deutscher-verein.de)

Autorinnen und Autoren

Welskop-Deffaa, Eva Maria, Diplom-Volkswirtin, seit 2021 Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes e.V., 2017–2021 Vorständin Sozial- und Fachpolitik des DCV, 2013–2017 Vorstandsmitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zuständig für Sozialpolitik, Arbeitsschutz und Migration, 2006–2012 Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; zahlreiche Ehrenämter z.B. Vorsitzende des Beirats der Stiftung digitale Chancen, Vorsitzende des Beirats des Instituts für Diversitätsforschung der Universität Göttingen, Mitglied im Präsidialausschuss des Deutschen Vereins und im Vorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). (Kontakt: praesidentin@caritas.de).